Kiesgrube beim mecklenburgischen Hallalit: Der Stoff, aus dem der Aufschwung ist

Umwelt

Vermächtnis der Eiszeit

Der Aufbau Ost läßt einen unscheinbaren Rohstoff boomen: Kies, sagen die Leute in Mecklenburg, ist wie Öl.

Den Schwarcks aus Hallalit hat ihr Land bislang kein Glück gebracht. Erst Zwangskollektivierung und LPG, später Enteignung und volkseigener Rindermastbetrieb – 27 Hektar Mecklenburger Boden aus dem Besitz der Familie Schwarck wurden für das VEB-Vieh requiriert.

Dann fiel die Mauer, und Erbe Konrad Schwarck wollte seine Äcker und Wiesen zurückbekommen, als ihm, im Februar 1992, eine Anzeige der Treuhand zu Augen kam. Darin offerierte die Anstalt ausgerechnet Schwarcks Grund und Boden: Zum Verkauf stand das „Bergwerkseigentum Hallalit Nord Nr. 1029/91-846“.

Schwarck hakte nach und erfuhr: Unter seinem Acker lagert Kies, der Stoff, aus dem der Aufschwung Ost ist. Ohne Kies kein Haus, keine Kläranlage und keine Ostseeautobahn. Wer auf Kies sitzt, sagen die Leute in Mecklenburg, „der sitzt auf Öl“.

Unter Schwarcks Ackerland in Hallalit bei Waren im Müritz-Kreis liegen 11,6 Millionen Tonnen Kies verborgen. Die Gewinnerwartung taxierten Experten auf mehr als elf Millionen Mark – ein Schatz, den Schwarck heben will.

Doch dazu müßten 75 Hektar Land umgepflügt werden, bei Hallalit entstünde eine Mondlandschaft. Dorfbewohner, die eine Bürgerinitiative „Rettet Hallalit“ gründeten, fürchten sogar, daß Gebäude im Ort akut gefährdet wären – etwa das älteste und längste Feldsteinhaus Mecklenburgs, das sogenannte Lange Haus, das gerade mit Millionenaufwand instand gesetzt wurde. „Dein Vater würde sich im Grabe umdrehen“, schimpft Bauer Uwe Heinich auf Konrad Schwarck, den neuen vermeintlichen „Kiesbaron“.

FOTOS: S. SAUER / LICHTBLICK

Grundbesitzer Schwarck
Elf Millionen Mark unterm Acker

Überall in Ostdeutschland laufen derzeit Bürger Sturm gegen den Raubbau der „Kieshaie“ *(Märkische Oderzeitung)*. Sie demonstrieren, sammeln Unterschriften und gründen Bürgerinitiativen. Denn mehr und mehr wird das Ausmaß des landauf, landab geplanten Kiesabbaus sichtbar. Da verschwinden, Hektar für Hektar, Felder und Wiesen unter dem Baggerzahn. Selbst Waldflächen sind nicht tabu, und nicht selten schiebt sich der Tagebau bis nah an Naturschutzgebiete.

Es geht um gigantische Flächen im Milliardengeschäft mit

S. SAUER / LICHTBLICK

„Langes Haus“ in Hallalit: Adieu Fremdenverkehr

dem Kies, Rücksicht auf die Interessen anderer wird da selten genommen. Die Region Hallalit nahe der Müritz beispielsweise mit ihren Hügeln, Tälern, Mooren und Wäldern ist so abwechslungs- und artenreich wie kaum eine Landschaft; hier sagen sich Graureiher, Kranich und Fischadler gute Nacht. Eine Region, wie modelliert für Touristen, die nichts als Natur pur genießen wollen: das „Tor zur Mecklenburgischen Schweiz“.

Doch adieu Fremdenverkehr. Ausgerechnet hier liegt Kies, viel Kies, ein Vermächtnis der Eiszeit. Geht es nach den momentan beantragten Abbauflächen, werden bald 46 Kieslöcher und Dutzende von Dreißigtonnern die Ausflügler vergraulen. Selbst der Stralsunder Bergamtschef Ulrich Knöfler sieht eine Gefahr darin, die Region „mit Kiesabbau zu überfrachten“.

In ganz Mecklenburg-Vorpommern, schätzt die thüringische Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld (Bündnis 90/Die Grünen), sei „eine Fläche so groß wie Rügen“ zum Abbau beantragt. Doch Sprecher der Kiesindustrie wiegeln ab, das sei halb so wild. „Wir sind Vorreiter im Rekultivieren“, brüstet sich Jürgen Haase aus der Hauptverwaltung der Firma Neuper-Beton in Neukloster bei Wismar, „wir machen Naturschutz.“

Baggerseen und künstlich angelegte Biotope können die Natur jedoch nicht ersetzen. Aber es gibt wirtschaftliche Zwänge: Alle 40 Transportkilometer verdoppelt sich der Kiespreis. Deshalb schürft man den Kies, wo er gebraucht wird. Haase: „Am Kies führt kein Weg vorbei.“

Allein in Thüringen gibt es 2000 Abbauanträge – diese beträfen nicht nur die nächsten 15 oder 20 Jahre, so Lengsfeld im Bundestag; Konzessionen seien „für die nächsten 30, 50, 80 und 100 Jahre“ vergeben worden. Zehn Prozent der Landesfläche seien von Anträgen betroffen.

Das „grüne Herz Deutschlands“, wie sich Thüringen gern in der Tourismuswerbung preist, hatte es bisher auch nicht besonders eilig, die Abbauwut der Baustoffindustrie mit der Einrichtung von Naturschutzgebieten zu bremsen. Zwar wurden zur Wende 200 Areale vorläufig unter Schutz gestellt, allerdings nur für maximal fünf Jahre – danach, so das Gesetz, hätten die Verfahren zur endgültigen Sicherung abgeschlossen sein müssen.

Weil sich in Berlin Baukräne drehen, frißt die Stadt ihr Umland

Doch um den anfallenden Papierkrieg zu bewältigen, wurden im zuständigen Landesverwaltungsamt nur vier Mitarbeiter eingesetzt. Ganze sieben Gebiete wurden in den vergangenen Jahren so auf Dauer unter Naturschutz gestellt.

Kein Wunder, daß Politiker in Thüringen auch privat gute Beziehungen zu Abbauunternehmen pflegen. Seit seine Partei bei der letzten Landtagswahl im Oktober 1994 aus dem Parlament flog, verdingt sich ausgerechnet der ehemalige FDP-Umweltminister Hartmut Sieckmann in Weimar als Mitglied der Geschäftsführung einer Baustoffirma, die beim Kiesabbau in Thüringen fleißig mitgräbt.

Kräftig gebuddelt wird auch im Werratal an der ehemals deutsch-deutschen Grenze, wo Orchideen und seltene Farne gedeihen, Rotmilane und Eisvögel leben. Naturschutz absurd: Im Örtchen Pferdsdorf-Spichra bei Eisenach lehnte

die zuständige Behörde einen Campingplatz aus Naturschutzgründen ab, genehmigte aber wenig später direkt gegenüber den Abbau von Kies in der Werra-Aue.

Allein um Leipzig herum hat das Regierungspräsidium 42 Kiesgruben gezählt, die schon jetzt auf 2000 Hektar zwölf Millionen Tonnen jährlich fördern; weitere 350 Gruben sind beantragt – wo sich einstmals Braunkohlebagger durch den Boden fraßen, fühlen sich die Bewohner heute von den Kiesschauflern bedroht.

In Ponickau bei Dresden etwa fürchten die Bürger scheppernde Laster unterm Schlafzimmerfenster. Noch ist die Natur im nahen Linzer Forst intakt, leben dort sogar Fischotter und Seeadler. Sie würden verschwinden, wenn erst die Schrapper eine 100-Hektar-Grube am Ortsrand ausschachten.

Die größten Abbaulöcher wurden bisher in Brandenburg genehmigt. Weil sich in Berlin die Baukräne drehen, frißt die Stadt ihr Umland. Und wo immer die Bagger im Warschau-Berliner Urstromtal graben, fast überall stoßen sie auf Kies und Sand. Im Landkreis Barnim wurden bereits Konzessionen für 855 Hektar bei

Das Kies-Klondike ist ein Vermächtnis der DDR-Regierung

Althüttendorf oder je über 300 Hektar bei Lunow und Hohensaaten vergeben – „eine besorgniserregende Entwicklung“, sagt Thomas Engel, der zuständige Umweltdezernent.

Das Kies-Klondike in Wild-Ost ist ein Vermächtnis der letzten DDR-Regierung. Noch kurz vor Torschluß hatte der Ministerrat unter Lothar de Maizière am 15. August 1990 die „Verordnung über die Verleihung von Bergwerkseigentum“ erlassen, die dann in den Einigungsvertrag übernommen wurde. Darin wurde, schimpft die Bündnis-Grüne Lengsfeld, das „DDR-Unrecht festgeschrieben“.

Viele mineralische Rohstoffe im Gebiet der ehemaligen DDR gelten demnach als „bergfrei“. Es darf nur der über Bodenschätze wie Kies, Gips und Ton verfügen, der eine sogenannte Bergbauberechtigung besitzt, nicht jedoch der Grundeigentümer. Das Abbaurecht für die wichtigsten Lagerstätten erhielt die Treuhand. Im Westen hingegen gehören diese Bodenschätze in der Regel dem Grundstücksbesitzer.

Mit der Kies-Lex Ost sollte verhindert werden, daß der Aufschwung mit seinem gewaltigen Kies- und Sandbedarf durch ungeklärte Vermögensfragen und Restitutionsansprüche lahmgelegt wird: Rohstoffsicherung ging vor Eigentum.

Die Treuhandanstalt verkaufte denn auch, was sie konnte. In Brandenburg et-

wa, berichtet das Landesumweltministerium, wurden zur „Wendezeit Schürfrechte vergeben, ohne Genehmigungen einzuholen“; anderswo gerieten sogar Flurstücke ins Angebot, die Naturschutzgebiete werden sollten.

Die Folge: Altbesitzer wie Konrad Schwarck gingen zunächst leer aus oder standen vor einer zweiten Enteignung, die DDR-Kiesindustrie aber konnte weiterbaggern. Schon im August 1990 hatten sich viele volkseigene Kiesbetriebe in Joint-ventures verwandelt; heute sind sie fest in westdeutscher Hand. Als Morgengabe brachten die Ostfirmen ihre Schürfrechte ein, die zwar – da ja staatliches Eigentum – neu gekauft und bezahlt werden mußten, doch es wurden auf diese Art langwierige Raumordnungsverfahren umgangen. Auch clevere SED-Funktionäre und -Betriebsleiter hatten sich rechtzeitig Schürfrechte gesichert und verkauften sie profitabel weiter.

In dieser Goldgräberstimmung steckte jeder seine Claims ab. So baggert an acht Orten heute die Firma Neuper-Beton, eine Tochter des westdeutschen Baustoffgiganten Heidelberger Zement. Die Radmer Bau AG aus München buddelt in Brandenburg, Readymix aus Ratingen hat das Zementwerk Rüdersdorf bei Berlin übernommen und schaufelt in Mecklenburg, wo auch die Haniel Baustoff KG Kies macht.

Mittlerweile befaßt sich der Bundestag mit dem Kiesabbau in Deutschland Ost. Ziel der Bonner Politiker ist es, die Sonderregelungen für den Osten abzuschaffen und durch eine Änderung des Bergrechts die Position der Eigentümer und Kommunen im Genehmigungsverfahren zu stärken. Denn die erfahren vielerorts als letzte von einem geplanten Kiesabbau.

In Hallalit wollen die Leute darauf nicht warten. Künftig, so Frank Asmus vom Umweltausschuß des Kreistages, sollen nur noch so viele Neuaufschlüsse zugelassen werden, wie alte Gruben „rekultiviert an den Kreis zurückgegeben“ werden.

Weil die Gemeinden öffentlich Druck machen, entscheiden die Behörden nun besonders genau. Nur einer steht wieder im Regen: Konrad Schwarck. Fast zwei Millionen Mark hat er sich von der Bank geliehen, um die Schürfrechte unter seinem Grund zu erwerben, doch bislang kommt er an den Kies nicht ran.

Vor einigen Wochen führte Schwarck den Kreis-Umweltausschuß auf sein Feld. Es goß in Strömen. „Ja“, bemerkte Hans-Jochen Stüwe von der Bürgerinitiative, „der redet und redet, und sein Anzug wird naß. Aber wenn er an den Kies kommt, kann er sich hundert Anzüge kaufen.“

Und wenn nicht? „Dann bin ich erledigt“, sagt Konrad Schwarck. ❑